

# Zunahme der Agglomeration oder Trend zur Entballung?

Prof. Dr. H. Herwig Birg, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik,  
Universität Bielefeld

## 1. Regionale Gliederungen des Bundesgebietes als Raster zur Erfassung von Konzentrationsprozessen

Zur Analyse der räumlichen Konzentrationsprozesse werden in der Bundesrepublik drei verschiedene Typen der räumlichen Gliederung verwendet, nämlich die Gliederung nach

- Ballungsräumen,
- Verdichtungsräumen und
- Stadtregionen.

Die Klassifikation dieser Gebiete beruht auf mehreren Kriterien, und zwar auf Dichteziffern (beispielsweise Einwohner je km<sup>2</sup> bzw. Arbeitsplätze je km<sup>2</sup>), auf Strukturziffern (beispielsweise landwirtschaftliche Erwerbspersonen in Prozent aller Erwerbspersonen), auf Verflechtungsmerkmalen (beispielsweise Anteil der in das betreffende Gebiet ein- bzw. auspendelnden Erwerbspersonen in Prozent aller Erwerbspersonen) und auf absoluten Größen wie der Mindest-Einwohnerzahl.

Das allen drei Gliederungen gemeinsame, entscheidende Abgrenzungskriterium ist die Dichteziffer „Einwohner je km<sup>2</sup>“. Der wesentliche Unterschied zwischen den drei Gliederungen besteht darin, daß die Verdichtungsräume und die Ballungsräume neben dem Dichtekriterium auch nach dem Kriterium einer absoluten Mindest-Einwohnerzahl abgegrenzt sind (Verdichtungsräume: mindestens 150 000 Einwohner; Ballungsräume mindestens 500 000 Einwohner), während bei der Abgrenzung der Stadtregionen auf das Kriterium einer Mindest-Einwohnerzahl verzichtet wurde.<sup>1)</sup>

Die Verschiedenartigkeit der Abgrenzungskriterien führt zu großen Unterschieden hinsichtlich der Zahl, dem Zuschnitt und der flächenmäßigen Ausdehnung der drei Raumtypen, was die Ableitung von Aussagen, die für alle drei Raumtypen gleichermaßen zutreffen sollen, erschwert. Aber die Verschiedenartigkeit der Gliederungen hat auch einen Vorteil: Jede der Typisierungen ist zur Untersuchung bestimmter Teilaspekte der räumlichen Bevölkerungsverteilung und ihrer Änderungstendenzen jeweils besser geeignet als die übrigen:

1. Die 10 *Ballungsgebiete* Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Stuttgart, München und Nürnberg sind die adäquaten Untersuchungseinheiten für eine großräumige Analyse der Veränderungen der Bevölkerungsverteilung.

2. Mit den 36 *Stadtregionen* lassen sich kleinräumige Konzentrations- bzw. Dekonzentrations-tendenzen wie Stadt-Umland-Wanderungen analysieren.

3. Dagegen wurden die 24 *Verdichtungsräume* als die mittlere der drei räumlichen Aggregationsebenen weniger für die Analyse eines speziellen Aspekts der räumlichen Konzentration konzipiert; sie dienen vor allem zur Begründung raumordnungsspezifischer Vorstellungen, insbesondere zur Fundierung des Grundsatzes der dezentralen Konzentration, der aus § 2 des Raumordnungsgesetzes abgeleitet wird.<sup>2)</sup>

Die folgende Analyse stützt sich vor allem auf die Raumkategorien der Ballungsgebiete und der Stadtregionen. Ergänzend wird eine dritte Analyseebene – die Klassifikation der Gemeinden nach *Einwohnergrößenklassen* – herangezogen.

## **2. Die Entwicklung der räumlichen Bevölkerungsverteilung in der Vergangenheit**

Seit der letzten Volkszählung vor dem Krieg im Jahre 1939 stieg die Bevölkerungszahl der heutigen Bundesrepublik durch Geburtenüberschüsse und durch den Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Ausländern stark an, nämlich von 43,0 Mill. im Jahr 1939 über 50,8 Mill. im Jahr 1950 auf 56,2 Mill. im Jahr 1961. Das Bevölkerungswachstum setzte sich bis in die 70er Jahre fort; 1970 hatte die Einwohnerzahl 60,7 Mill. erreicht und 1974, auf dem Höhepunkt der Entwicklung, 62,1 Mill. Seitdem ist die Einwohnerzahl wegen der um etwa 50 v. H. gesunkenen Geburtenhäufigkeit der deutschen Bevölkerung rückläufig. Im Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl schätzungsweise zwischen 41 und 52 Mill. Einwohner liegen.<sup>3)</sup>

Die Gesamtentwicklung läßt sich im Hinblick auf die Frage, ob sich das räumliche Gefüge der Bevölkerungsverteilung stark oder nur wenig verändert hat, nur schwer auf einen Nenner bringen. Folgende Aussagen sind aber möglich:

1. Im Jahr 1961 lebten in der Bundesrepublik über 12 Mill. Flüchtlinge und Vertriebene, für die nach dem Krieg Wohnungen und Arbeitsplätze geschaffen werden mußten. In Anbetracht des außergewöhnlichen Umfangs der sozialen und wirtschaftlichen Strukturveränderungen in der Nachkriegszeit blieb das räumliche Grundgefüge der Bevölkerungsverteilung überraschend stabil.

2. Die Entwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten ist anders zu beurteilen. Je nach Blickwinkel läßt sich hier die räumliche Bevölkerungsstruktur als bemerkenswert stabil bzw. als äußerst dynamisch charakterisieren. So hat sich zwar der Anteil der Einwohner in Regionen mit ballungsartiger Siedlungsstruktur<sup>4)</sup> von 48,7 v. H. im Jahr 1961 auf 47,5 v. H. im Jahr 1980 verringert (vgl. Tabelle 1), aber unterhalb der großräumigen Analyseebene sind bemerkenswerte Veränderungen zu verzeichnen:

**Tabelle 1:**  
**Bevölkerungsentwicklung von 1961 bis 1980 nach Gebietstypen**

Gebietstyp	Bevölkerung in 1000			Anteil in v. H.		
	1961 <sup>1)</sup>	1970 <sup>1)</sup>	1980 <sup>2)</sup>	1961	1970	1980
Planungsregionen mit ballungsartiger Siedlungsstruktur	27,3	29,1	29,2	48,7	48,1	47,5
Hauptballungsgebiete	15,4	16,7	15,2	27,4	27,6	24,8
sonstige Ballungsgebiete	11,9	12,4	14,0	21,3	20,5	22,8
Mischgebiete	19,3	21,2	22,4	34,2	24,9	36,5
Agrargebiete	9,5	10,3	9,7	17,0	17,0	15,8
Bundesgebiet insgesamt	56,2	60,7	61,4	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Volkszählungstichtag

<sup>2)</sup> Jahresanfang

Quelle:

H. Birg, „Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung“, Berlin 1979, S. 207 und S. 284 sowie darauf aufbauende Berechnungen.

a) Eine Differenzierung der Ballungsgebiete in Regionen mit starker Ballung („Hauptballungsgebiete“) und in Regionen mit mittlerer Ballung („sonstige Ballungsgebiete“) macht deutlich, daß der Einwohneranteil der ersten Gruppe sinkt, der der zweiten dagegen steigt; nur für beide Gruppen zusammen ergibt sich ein relativ konstanter bzw. leicht sinkender Anteil an der Bevölkerung des Bundesgebietes.

b) Wiederholt man die Analyse für das feinere Gebietsraster der 36 Stadtregionen, so bestätigt sich die für die Ballungsgebiete abgeleitete Tendenz:

**Tabelle 2:**  
**Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 1980 nach Stadtregionen**

Gebiet	Bevölkerung in 1000		Anteil in v. H.	
	1975 <sup>1)</sup>	1980 <sup>1)</sup>	1975	1980
Stadtregionen insgesamt	43 186	42 796	69,7	69,7
Kerne	25 108	24 509	40,5	39,9
Randzonen	18 077	18 287	29,2	29,8
übrige BRD	18 806	18 643	30,3	30,3
Bundesgebiet insgesamt	61 991	61 439	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Jahresanfang

Quelle:

Statistisches Bundesamt. Eigene Berechnungen. Stadtregionen in der Abgrenzung nach O. Boustedt, angenähert durch Kreisgrenzen (vgl. H. Birg: Berechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in den 343 kreisfreien Städten und Landkreisen. In: Vierteljahreshfte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, 1980.

Der Anteil der Bevölkerung in Stadtregionen ist seit 1975 mit 69,7 v. H. praktisch konstant, dagegen sinkt der Anteil der Bevölkerung in den Kernen der Stadtregionen, während der Anteil in den Randzonen der Stadtregionen steigt (vgl. Tabelle 2).<sup>5)</sup>

c) Die Aussagen, daß sich der Bevölkerungsanteil der Ballungs- bzw. der Stadtregionen nicht wesentlich verändert, jedenfalls nicht erhöht habe, beruht auf der Voraussetzung einer intertemporal vergleichbaren, d. h. einer konstanten Gebietsabgrenzung. Für die meisten Stadtregionen läßt sich aber zeigen, daß die flächenmäßige Ausdehnung der Stadtregionen zunimmt.<sup>6)</sup> Bei einer variablen Gebietsabgrenzung könnte sich ergeben, daß der Bevölkerungsanteil der Ballungs- bzw. der Stadtregionen leicht steigt. Die Aussagen über die Kern-Rand-Differenzierung bleiben hiervon allerdings unberührt.

(Vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3:**  
**Bevölkerungsentwicklung zwischen 1974 und 1979 nach**  
**Gemeindegrößenklassen**

Gemeindegrößenklasse	Bevölkerung in 1000 <sup>1)</sup>		Veränderung in v. H.
	1974 <sup>2)</sup>	1979 <sup>2)</sup>	
unter - 5 000	12 134	9 263	- 23,7
5 000 - 10 000	6 832	6 660	- 2,5
10 000 - 20 000	8 036	8 599	7,0
20 000 - 50 000	9 322	10 109	8,4
50 000 - 100 000	5 305	5 739	8,2
100 000 - 200 000	4 530	4 946	9,2
200 000 - 500 000	5 095	5 457	7,1
500 000 und mehr	10 786	10 564	- 2,1
Summe BRD	62 041	61 337	- 1,1
Gruppierte Klassen:			
unter 10 000	18 966	15 923	- 16,0
10 000 - 100 000	22 664	24 447	7,9
100 000 - 500 000	9 625	10 403	8,1
über 500 000	10 786	10 564	- 2,1
Summe BRD	62 041	61 337	

<sup>1)</sup> Wegen der Verwaltungsreformen eingeschränkte intertemporale Vergleichbarkeit

<sup>2)</sup> Jahresmitte

Quelle:

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

d) Auf der Analyseebene der Gemeinden tritt zusätzlich folgender Aspekt der räumlichen Strukturveränderung in Erscheinung: Der Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und der Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern sinkt, während der Einwohneranteil der Mittelstädte und der Großstädte bis 500 000 Einwohner

wächst. Analoge Entwicklungen sind auch in anderen Ländern zu beobachten, beispielsweise in den USA (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4:**  
**Bevölkerungswachstum und Wanderungssaldo in Stadtregionen und ländlichen Gebieten der USA**

	Bevölkerungsbestand 1975	Veränderung in 1000 Personen von 1970 bis 1975		Relative Veränderung		
		in 1000	insg.	davon Wander.- saldo	insg.	davon Wander.- saldo
<b>Alle Stadtregionen</b>	156 098	6 272	697	4,2	0,5	
davon	Anzahl					
3 000 000 und mehr	7	39 848	- 360	- 1 537	- 0,9	- 3,8
2 000 000 bis 3 000 000	8	18 085	136	- 463	0,7	- 2,1
1 000 000 bis 2 000 000	20	28 331	2 133	1 075	8,1	4,1
500 000 bis 1 000 000	37	27 125	1 453	438	5,7	1,7
250 000 bis 500 000	63	22 726	1 477	559	7,0	2,6
100 000 bis 250 000	97	16 587	1 264	570	8,2	3,7
unter 100 000	27	2 496	170	55	7,3	2,4
übrige Gebiete		56 954	3 476	1 770	6,5	3,3
<b>Summe</b>		<b>213 052</b>	<b>9 748</b>	<b>2 467</b>		

Quelle:

N. Hansen: Some Research and Policy Implications of Recent Migration Patterns in Industrial Countries. In: International Regional Science Review, Vol. 2, No. 2, 1977, S. 163.

Versucht man, diese unterschiedlichen Trends unter einem Begriff zu subsumieren, so ließe sich hierfür der Begriff „*Ringagglomeration*“ einführen: Um den hochverdichteten Kern einer Stadtregion bildet sich ein ständig nach außen wachsender Siedlungsring, der mit dem Kern funktional verknüpft ist. Daneben gibt es aber auch Entwicklungen, die sich durch den Begriff der *dezentralen Konzentration* gut charakterisieren lassen, ohne daß damit gesagt sein soll, daß die Tendenz zur dezentralen Konzentration ganz oder auch nur überwiegend den raumordnungspolitischen Bemühungen des Bundes zugerechnet werden dürfe. Die Tendenz zur dezentralen Konzentration hat vielmehr ebenso wie die Ringagglomeration eine Reihe von demoökonomischen Ursachen, die unabhängig von Erfolgen oder Mißerfolgen der raum- und regionalpolitischen Bemühungen wirksam waren. Diese Ursachen finden ihren Ausdruck in den veränderten Verhaltensweisen der Menschen, insbesondere in veränderten Konsum- und Wohnortpräferenzen. Unter den veränderten Verhaltensweisen sind der Rückgang der Geburtenhäufigkeit und das Wanderungsverhalten die wichtigsten. Sie sind direkt mit den Veränderungen der Raumstruktur verknüpft:

1. In den siebziger Jahre gab es in der Bundesrepublik keine größeren zusammenhängenden Gebiete mehr mit Geburtenüberschüssen. Wenn dennoch der Bevölkerungsanteil der Randzonen der Stadtregionen und der in günstiger Nachbarschaft zu den Oberzentren gelegenen Städte zugenommen hat, so ist dies vor allem den großen Wanderungsgewinnen dieser Gebiete zuzuschreiben.

2. Zu den jährlich über 3 Mill. Wanderungsbewegungen zwischen den Gemeinden der Bundesrepublik kommt ein jährlicher Zustrom von mehr als 0,5 Mill. Menschen aus dem Ausland. Ohne diese Außenwanderungen wäre der Bevölkerungsverlust der Kerne der Stadtregionen noch wesentlich größer ausgefallen.

3. Parallel zu Abwanderungen der Bevölkerung und der Arbeitskräfte aus den Zentren verläuft eine Abwanderung von industriellen Arbeitsplätzen. Dabei wird der Verlust von industriellen Arbeitsplätzen in den Kernstädten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich häufig nicht ausgeglichen, weil die Dienstleistungen für den täglichen Bedarf („personal services“, beispielsweise Friseure, Reinigungen, Reparaturbetriebe u. ä.) der dezentralen Bevölkerungsbewegung folgen.

4. Sowohl die Abwanderung der Bevölkerung als auch die Abwanderung der Betriebe ist stark selektiv: In den Randzonen siedeln sich vorwiegend Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen an; in den Zentren vergrößert sich der Anteil der Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen. Analog verläuft die Selektion bei den Betrieben. Produktionsbetriebe mit guten Wachstumsaussichten verlegen ihren Standort an die Peripherie der Städte. Bei Betrieben mit geringeren Wachstumsaussichten unterbleibt häufig die kostenintensive Verlegung der Produktionsstätte mit der Folge, daß viele dieser Betriebe stillgelegt werden. Für die Städte wirkt sich beides in einer Schmälerung der Steuerbasis aus, mit allen daraus folgenden Konsequenzen für das finanzielle Potential und für die Attraktivität der Städte. Der Attraktivitätsverlust verstärkt wieder die Abwanderung, und die Konsequenz ist ein *kumulativer Prozeß* des Niedergangs, der nur schwer aufgehalten bzw. umgekehrt werden kann. In den USA und in Großbritannien ist der Prozeß bereits relativ weit fortgeschritten.<sup>7)</sup>

### **3. Zukunftsperspektiven**

Die künftige Entwicklung des Raumgefüges, insbesondere die Frage, ob der Bevölkerungsanteil der Stadtregionen zu- oder abnehmen wird, läßt sich nur beurteilen, wenn die Analyse der räumlichen Trends durch eine ursachenorientierte Analyse der Bestimmungsgründe der räumlichen Entwicklung ergänzt wird. Ökonomische, ökologische, soziale und technologische Faktoren bilden ein komplexes Wirkungsgefüge, das mit der Raumstruktur auf vielfältige Weise verknüpft ist.

1. Am nachhaltigsten wird die Raumstruktur durch den *ökonomischen Wirkungskomplex* bestimmt. Gliedert man das gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen in Wirtschaftsbereiche, so lassen sich folgende drei Selektoren mit jeweils unterschiedlichen Ansprüchen an raumstrukturelle Bedingungen unterscheiden:<sup>8)</sup>

a) Die *Landwirtschaft* und die *standortabhängigen Industriezweige* sind an die jeweils günstigsten natürlichen Standorte gebunden. Sie haben weder eine ausgesprochene Tendenz zur räumlichen Konzentration noch zur Dekonzentration.

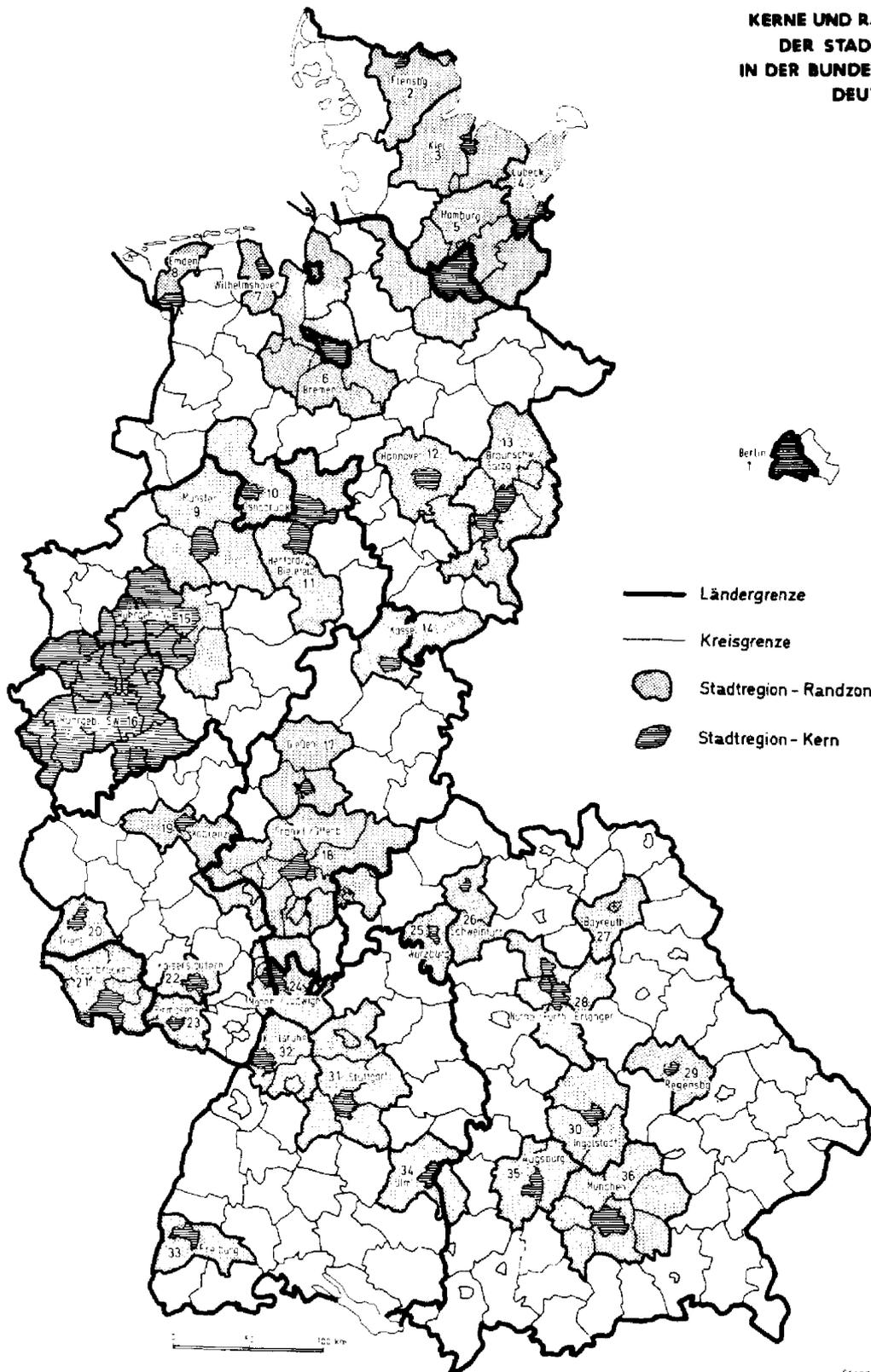
b) Die *standortunabhängigen Industrien* sind im Prinzip in der Wahl ihrer Produktionsstandorte frei. Bei allgemeiner Arbeitskräfteknappheit präferisieren diese Sektoren Regionen mit einem günstigen Angebot an Arbeitskräften. Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge in den 60er Jahren wird zwar das Arbeitskräftepotential in allen Regionen bis weit in die neunziger Jahre hinein ständig über dem heutigen Niveau liegen. Der Faktor Arbeit ist aber nur der Quantität nach ubiquitär. Für bestimmte Berufe, beispielsweise Facharbeiter, besteht in vielen Regionen auch weiterhin ein Mangel. Es ist zu vermuten, daß die standortunabhängigen Industrien in Zukunft jene Gebiete bevorzugen, in denen der Arbeitsmarkt den steigenden Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte genügt.

c) Die *Dienstleistungssektoren* sind an Regionen mit hoher Einwohnerdichte, d. h. an Regionen mit städtischer Struktur gebunden. Auch die Dienstleistungsarbeitsplätze des Staates haben in den städtischen Räumen ihre höchste Konzentration. Eine räumliche Umverteilung der Behördenstandorte mit dem Ziel einer gleichmäßigeren räumlichen Verteilung der Arbeitsplätze ist bisher nicht erreicht worden. Auch in Zukunft ist im Hinblick auf dieses häufig nur deklamatorisch geäußerte Umverteilungsziel Skepsis am Platze.<sup>9)</sup>

Insgesamt läßt sich aus der Veränderung der Sektorstruktur in Richtung auf einen höheren Anteil des tertiären Sektors schließen, daß der wirtschaftliche Strukturwandel das Wachstum in Gebieten mit hoher Einwohnerdichte begünstigt. Diese Tendenz wird durch einen entgegengesetzten Trend, nämlich die zunehmende Umweltbelastung in den Gebieten mit Hoher Bevölkerungsdichte, zwar abgeschwächt, aber vermutlich nicht aufgehoben.

2. Die Gruppe der *sozialen Faktoren* läßt sich in die Komponenten „Haushaltsstruktur“ und „Verbrauchsstruktur“ differenzieren, die in ihrer gemeinsamen Wirkung die Randzonen der Stadtregionen auch weiterhin begünstigen. Trotz der aktuellen Stabilisierung der Nettoproduktionsrate der deutschen Bevölkerung bleibt die Zahl der Geburten so gering, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße weiter sinkt, und zwar von gegenwärtig etwa 2,5 Personen je Haushalt auf etwa 2,2 Personen je Haushalt im Jahr 2000.<sup>10)</sup> Verringerte sich die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen im gleichen Tempo wie bisher (jährliche Verringerung = 1,1 v. H.), so würde dies einer Ausweitung

**KERNE UND RANDZONEN  
DER STADTREGIONEN  
IN DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND**



des Jahresurlaubs von gegenwärtig knapp 5 auf 8 Wochen bei einer gleichzeitigen Verringerung der Wochenarbeitszeit von fünf auf vier Tage im Jahr 2000 entsprechen.<sup>11)</sup> Die relativ kleine Zahl der zu betreuenden Kinder je Familie läßt in Verbindung mit einer Zunahme der Freizeit eine neue, nämlich freizeitorientierte Verbrauchsstruktur erwarten.<sup>12)</sup> Es spricht viel dafür, daß Wohnorte, die gute Naherholungsmöglichkeiten bieten, und die gleichzeitig in der Nähe von städtischen Zentren liegen, diesen Konsumpräferenzen am besten entsprechen.

3. Durch die Fortschritte der *Verkehrstechnologie* wird der Zeitaufwand für Verkehr geringer. Da gleichzeitig die frei verfügbare Zeit durch Arbeitszeitverkürzungen zunimmt, verstärkt sich die Tendenz zu großen Pendelentfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Das dadurch stimulierte flächenmäßige Wachstum der Stadtregionen ist eng an die Preisentwicklung für Kraftstoffe gekoppelt. Der Benzinpreis dürfte so zu einer der wichtigsten Steuergrößen der siedlungsstrukturellen Entwicklung werden. Das flächenmäßige Wachstum wird durch den Preisanstieg nach oben begrenzt, aber es ist nicht zu erwarten, daß die künftigen Preissteigerungen solche Ausmaße erreichen, daß sich die flächenmäßige Ausdehnung in einen Schrumpfungsprozeß umkehrt. Unwahrscheinlich ist auch, daß die von L. H. Klaasen und anderen vorausgesagte „Reurbanisierung“<sup>13)</sup> der Zentren sich noch in diesem Jahrhundert realisiert, denn der Prozeß der Verdrängung der Wohnungsnutzung aus dem Innenbereich der Städte ist noch bei weitem nicht abgeschlossen. Eine Wiederbesiedlung der Zentren würde vermutlich schon an den hohen Kosten scheitern, die eine Umwidmung der gewerblichen Nutzung in die ursprüngliche Wohnungsnutzung bedeuten würde. Im übrigen setzt eine Revitalisierung der Städte den Bedarf nach einem städtischen Lebensstil voraus. Es hat den Anschein, als ob sowohl die ökonomische als auch die kulturelle Basis für diesen Bedarf schwindet.

Insgesamt läßt sich der Schluß ziehen, daß die Wirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, die ökologischen Belastungsgrenzen und die soziale und technologische Entwicklung den auch schon in den vergangenen beiden Jahrzehnten zu beobachtenden Trend der Siedlungsentwicklung unterstützen, der die Randzonen der Stadtregionen auf Kosten der Kernstädte begünstigt. Bei insgesamt sinkender Bevölkerungszahl bedeutet dies allerdings, daß die Bevölkerungszahl auch in den Randzonen der Stadtregionen nicht wächst, sondern etwa konstant bleibt, jedenfalls dann, wenn man das flächenmäßige Wachstum nicht berücksichtigt. Bei Berücksichtigung des flächenmäßigen Wachstums dürfte die Bevölkerungszahl in den Stadtregionen in den nächsten 20 Jahren noch leicht steigen. Der gleichzeitige Bevölkerungsverlust der Kernstädte durch Wanderungen und durch das hohe Geburtendefizit könnte insgesamt zu einem konstanten Anteil der Bevölkerungszahl der Stadtregionen an der Einwohnerzahl der Bundesrepublik führen.

#### **4. Zusammenfassung**

1. In der Bundesrepublik gibt es drei verschiedene regionale Raster, die für eine Analyse von regionalen Konzentrationstendenzen geeignet sind: die

Gliederung der Bundesrepublik nach Ballungsräumen, nach Verdichtungsräumen und nach Stadtregionen.

2. Das Konzept der Ballungsräume eignet sich für großräumige Analysen des Bundesgebietes, das Konzept der Stadtregionen für Analysen der inneren Struktur von Stadtregionen.

3. Die großräumige Struktur der räumlichen Bevölkerungsverteilung hat sich trotz großer wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg nicht wesentlich geändert: In der Bundesrepublik leben etwa 48 v. H. der Einwohner in Ballungsgebieten (bzw. 70 v. H. in Stadtregionen). Diese Anteile sind bemerkenswert konstant. Auch bei insgesamt rückläufiger Einwohnerzahl wird sich diese Struktur kaum verändern.

4. Innerhalb der Stadtregionen sind größere Bevölkerungsveränderungen zu erwarten: Während die Einwohnerzahl der Randzonen der Kernstädte stagniert (bzw. bei Berücksichtigung der wachsenden flächenmäßigen Ausdehnung sogar leicht steigt), sinkt die Einwohnerzahl in den Kernstädten.

5. Die Entwicklung der räumlichen Struktur wird durch eine Vielzahl demographischer Prozesse bestimmt, beispielsweise durch hohe Geburtendefizite und Wanderungsverluste in den Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern und durch Wanderungsgewinne der Mittelstädte. Der Wandertrend von den Kernstädten in die Randzonen wird durch den wirtschaftlichen Strukturwandel sowie durch ökologische, soziale und technologische Entwicklungen gefördert. Die Steigerung des Ölpreises kann über die Beeinflussung des Pendlervolumens den Gesamtprozeß verlangsamen bzw. beschleunigen, aber kaum in seiner Richtung verändern.

## Anmerkungen

- <sup>1)</sup> O. Boustedt: *Die Stadtregion als Instrument der vergleichenden Stadtforschung*. In: *Die Entwicklung der Stadtregionen*. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Hannover 1963; G. Isenberg: *Ballungsgebiete in der BRD*. In: *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 1, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1970; „Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung zur Abgrenzung und Entwicklung von Verdichtungsräumen.“ In: *Bundesanzeiger*, 20. Jg., 1968, Nr. 234.
- <sup>2)</sup> Angestrebt werden soll eine „Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten, die dazu beiträgt, räumliche Strukturen mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen zu erhalten, zu bessern oder zu schaffen“ (ROG § 2 [1] Nr. 2).
- <sup>3)</sup> Grundvariante der Simulationsrechnung zur Bevölkerungsentwicklung. Vgl. H. Birg: *Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für Deutsche und Ausländer bis zum Jahr 2030*. In: *Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, Berlin, Nr. 24/81. Ausführliche Fassung, in: H. Birg, J. Blazejczak, B. Görrig, W. Kirner, W. Müller u. F. Stille: *Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Struktur und Niveau der Gesamtnachfrage*. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin 1981.
- <sup>4)</sup> Zu den Regionen mit ballungsartiger Siedlungsstruktur werden hier folgende Planungsregionen gezählt (vgl. H. Birg: *Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung*, Berlin 1979, S. 284): a) *Regionen mit starker Ballung (Hauptballungsgebiete)*: Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München; b) *Regionen mit mittlerer Ballung (sonstige Ballungsgebiete)*: Kiel, Lübeck, Braunschweig, Duisburg, Essen, Dortmund, Mönchen-Gladbach, Hagen, Ludwigshafen, Mannheim und Nürnberg.
- <sup>5)</sup> Die Abgrenzung der Stadtregionen stützt sich auf das Konzept von O. Boustedt: *Die Stadtregion als Instrument der vergleichenden Stadtforschung*. In: *Die Entwicklung der Stadtregionen*. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Hannover 1963. Im Gegensatz zu Boustedt wurden aber aus Daten-gründen nicht Gemeinden als kleinste Einheit verwendet, sondern kreisfreie Städte und Landkreise; in den Einzelheiten vgl. H. Birg: *Berechnungen zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in den 343 kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 2, 1980, S. 215.
- <sup>6)</sup> Peter P. Ahrens/Volker Kreibich/Roland Schneider (Hrsg.), 1982: *Stadt-Umland-Wanderung und Betriebsverlagerung in Verdichtungsräumen*. In: *Dortmunder Beiträge zur Raumplanung*, Bd. 23. Institut für Raumplanung, Universität Dortmund.
- <sup>7)</sup> H. Füllenkemper, F. Plogmann u. H. J. Schalk: *Betriebe und Arbeitsplätze in Stadtregionen*. Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 3093, Teil 2, Bonn 1981, S. 84.
- <sup>8)</sup> Die folgende Unterscheidung geht zurück auf D. Schröder: *Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum*. Stuttgart 1968.
- <sup>9)</sup> Vgl. *Beiträge zum Thema „Behördenstandorte und Raumordnung“*. In: Heft 1 der „*Informationen zur Raumentwicklung*“, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg, 1975.
- <sup>10)</sup> H. Birg u. a. : *Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung . . .*, a. a. O., S. 142.
- <sup>11)</sup> W. Kirner: *Projektion von Komponenten der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen bis zum Jahr 2000*. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministers für Verkehr, Berlin 1978, S. 68.
- <sup>12)</sup> Nach den Ergebnissen des Mikrozensus entfielen im Jahr 1980 auf jedes Ehepaar durchschnittlich 1,6 Kinder in einem Alter von unter 15 Jahren.
- <sup>13)</sup> L. v. d. Berg, R. Drewett, L. H. Klaasen, A. Rossi u. C. H. T. Vijverberg: *Urban Europe: A Study of Growth and Decline*. Rotterdam, London, Zürich, Juni 1980 (Druckvorlage).